

Die DVP im Juni 2019/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Michael Schoo

Das neue Umsatzsteuerrecht für Gemeinden und andere jPöR – Teil 1 217

Die Gemeinden sind als juristische Personen des öffentlichen Rechts (jPöR) bereits seit geraumer Zeit partiell umsatzsteuerpflichtig. Hiermit verbunden ist eine steuerliche Sonderbehandlung, in deren Genuss die jPöR über den gleichen Zeitraum gekommen sind.

Vor Kurzem hat sich der Gesetzgeber entschieden, die Unternehmereigenschaft von jPöR in § 2b n.F.UStG inhaltlich neu zu normieren und gleichzeitig die bisher geltende Bestimmung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. aufzuheben. Auf diese Weise wird der Versuch unternommen, die Besteuerung der öffentlichen Hand unionskonform auszugestalten.

Dieser Beitrag soll einen Überblick über die Reform der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand verschaffen. Im ersten Teil wird die Bearbeitung mit einer kurzen Vorstellung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand nach der bisherigen Rechtslage sowie den Verlauf zum neuen Umsatzsteuerrecht für jPöR in der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Abgeschlossen wird dieser Teil mit einem kurzen Abriss des Aufbaus und der systematischen Einordnung des § 2b UStG n.F.

Lars Oliver Michaelis/Christof Muthers/Iris Wiesner

Zeitversetzte Videointerviews in behördlicher Bewerberauswahl datenschutzrechtlich unzulässig? – Teil 2. 221

Im zweiten Teil dieser Darstellung werden zunächst die Überlegungen zur Verhältnismäßigkeit der Datenverarbeitung abgeschlossen. Im Anschluss daran stellt sich die Frage, ob die Betroffenen wirksam in die Datenverarbeitung im Rahmen der Bewerbung einwilligen können. Insoweit kommt es insbesondere auf die Rechtslage nach der DSGVO an, die Fragen der Einwilligung explizit regelt. Im Ergebnis wird daher belegt, dass sowohl nach alter als auch nach neuer Rechtslage des DSGVO NRW bzw. der DSGVO eine videogestützte Erhebung und Verwendung von Bewerberdaten durch Behörden von den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gedeckt ist.

Ralf Schmorleiz

Aktuell im Fokus 226

Der Deutsche Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA) hat am 13.11.2018 weitere Änderungen in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) Teil A, u.a. im Abschnitt 1 beschlossen, die am 19.2.2019 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurden und ab 1.3.2019 anwendbar sind. Die wesentlichen Änderungen werden hier kurz aufgeführt.

Holger Weidemann

Grundgesetz und der Vollzug von Bundesgesetzen. . . . 227

Im Rahmen der Darstellungen zum Jubiläum des Grundgesetzes wird in diesem Beitrag die Systematik des Vollzugs von Bundesgesetzen erläutert. Da die Bundesrepublik ein föderaler Staat ist, ist sowohl die Gesetzgebung, wie auch die Verwaltung zwischen dem Bund und den Bundesländern aufgeteilt. Dargestellt werden die Verteilung der Verwaltungskompetenz im Bundesstaat, der Einfluss des Bundes beim Vollzug der Bundesgesetze, die Mischverwaltung und die Verwaltungskompetenz der Länder.

Holger-Andreas Wendel

„VFA 4.0“ – Neuordnung der Verwaltungsausbildung? . . . 231

Dieser Beitrag will Denkanstöße zu einer möglichen Reform der Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten geben. Nach Auffassung des Verfassers ist das größte Manko der Ausbildungsordnung, dass die Digitalisierung fehlt. Dieser Befund wird erläutert und führt zu Anregungen für Änderungen der gegenwärtigen Ausbildung, die aber auch weitere Gebiete erfassen sollte.

Fallbearbeitungen

Günter Haurand/Jürgen Vable

Ein Unglück kommt selten allein 235

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem Allgemeinen Verwaltungsrecht mit Bezügen zum Ordnungsrecht sind die Erfolgsaussichten einer Klage gegen die Kosten einer Abschleppmaßnahme bei nachträglicher Aufstellung eines Verkehrszeichens. Ergänzt wird die Fragestellung um die bußgeldrechtliche Ahndung des Parkens.

Jan Seybold

Nicht nur die Schafe sollen mähen! 246

Bei dieser Online-Fallbearbeitung sind u.a. Überlegungen zur Rückabwicklung eines Kaufvertrags anzustellen, an den die Käuferin sich wegen gravierender Mängel nicht mehr gebunden sieht und die sie per E-Mail geltend gemacht hat.

Sebastian Notbohm/Daniel Sandvoß

Nachtausch 249

Dieser Fall ist Unterrichtsbestandteil des Faches „Entscheidungsentwürfe III“ (9. Trimester) an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen. In der Sache geht es um die Frage, ob und wie vorläufiger Rechtsschutz gegen ein immissionsschutzrechtliches Verbot der Bewirtschaftung einer Freifläche (Außengastronomie) erreicht werden kann.

Rechtsprechung

Abschleppen eines Autos aus nachträglich eingerichteter

Haltverbotszone

(BVerwG, Urteil vom 24.5.2018 – 3 C 25/16).....258

Unaufgeforderte E-Mail-Werbung durch auf ein gemeinnütziges

Projekt hinweisende SMS-Mitteilung

(OLG Frankfurt/M., Urteil vom 6.10.2016 – 6 U 54/16)260

Schrifttum

261

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Verlag C.H. BECK oHG. Wir bitten um freundliche Beachtung!